

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Zum Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
„Jugend im Parlament 2000“****Innenpolitik: Ausländerpolitik, Rechtsradikalismus, Polizeigesetz**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Jugend im Parlament 2000 haben sich ausführlich mit innenpolitischen Themen wie Ausländerpolitik, Rechtsradikalismus und der Reform des Polizeigesetzes befasst.

Dabei haben sich die Jugendlichen deutlich für Bremen als ein Land der Menschenrechte und liberaler Traditionen ausgesprochen. Die bei Jugend im Parlament vertretenen Jugendlichen setzen sich für besseren Schutz von Asylsuchenden und Flüchtlingen und für eine Beschleunigung von Integration und Einbürgerungen ein. Sie fordern vielfältige Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen. Sie sprechen sich gegen in der geplanten Novelle des Polizeigesetzes vorgesehene Einschränkungen von Bürgerrechten aus.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daraufhin beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das innenpolitische Engagement der Teilnehmerinnen von „Jugend im Parlament“ und stellt zu den einzelnen Resolutionen fest:

I. Ausländerpolitik:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass die Bearbeitungszeiten für Anträge bei der Ausländerbehörde oder auf Einbürgerung drastisch reduziert werden müssen. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein wichtiges Mittel im Übergang zu voller Integration. Sie entspricht dem Wunsch vieler bei uns lebenden Migrantinnen.
2. Die Erfahrungen mit den geringen Rechten und Möglichkeiten des Bremerhavener Projektes „Rat ausländischer Mitbürger“ geben keinen Anlass, es auf Bremen zu übertragen. Statt dessen tritt die Bürgerschaft (Landtag) für die Einführung eines allgemeinen kommunalen Wahlrechtes für alle in einer Kommune lebenden Bürger/-innen ein.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erachtet die 1994 vorgenommenen Einschränkungen des Asylrechtes als eine teilweise Abkehr vom verfassungsmäßigen Grundsatz des Schutzes für politische Verfolgte. Geschlechtsspezifische Verfolgung und nichtstaatliche Verfolgung müssen in den Katalog der Kriterien für Politische Verfolgung aufgenommen werden.
4. Abschiebungen sind kein Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität. Bei den Familien libanesischer Kurden muss eine humanitäre Einzelfallprüfung stattfinden. Hier geborene, aufgewachsene, ausgebildete und integrierte Kinder und Jugendliche dürfen nicht in ein ihnen unbekanntes Land abgeschoben werden.

II. Rechtsradikalismus:

5. Die Bürgerschaft (Landtag) ist beeindruckt von der tiefgehenden Beschäftigung von Jugend im Parlament mit den Ursachen und Folgen des wachsenden Rechtsradikalismus. Sie teilt die in der Resolution genannten Grundsätze. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich für die Verwirklichung der in dem

Forderungskatalog genannten Maßnahmen ein, soweit sie nicht schon im Lande Bremen realisiert worden sind.

III. Polizeigesetz:

6. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Besorgnis der Jugendlichen, dass durch Teile der geplanten Reform des Polizeigesetzes elementare Grund- und Bürgerrechte angetastet werden. Effektive Kriminalitätsbekämpfung war bisher und ist auch weiterhin ohne den so genannten finalen Rettungsschuss, ohne die Videoüberwachung öffentlicher Plätze und ohne verdachtsunabhängige Kontrollen möglich.
7. Die bei Jugend im Parlament vertretenen Jugendlichen weisen auf den dringenden Wunsch ihrer Altersgruppe hin, in Bedrohungssituationen von der Polizei ernst genommen und ausreichend geschützt zu werden. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen, ob Defizite der Polizei im Umgang mit Jugendlichen bestehen und gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen.

Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen